

## KURZ UND PRÄGNANT

### Zur Versenkerlaubnis für Kali-Abwässer

Zur Mitteilung des BUND zum Vergleich mit der K+S Kali GmbH im Klageverfahren um die bis 2021 durch das Regierungspräsidium Kassel erteilte Versenkerlaubnis sagte der LINKE-Umweltpolitiker Tilo Kummer: „Wir hätten uns gewünscht, dass der BUND als anerkannter Umweltverband auf eine Klärung der rechtlichen Einordnung der Versenkerlaubnis von Kaliabwässern vor Gericht drängen hätte.“

Die mit der Versenkerlaubnis erteilte Genehmigung zur Versalzung von etwa 80 Millionen Kubikmetern Grundwasser (entspricht etwa dem Stauvolumen der großen Thüringer Trinkwasser-Talsperren Leibis, Ohra und Schönbrenn zusammen) sei bereits „ein klarer Verstoß gegen europäisches Wasserrecht“. Der Abgeordnete hätte erwartet, dass die vorrangige Einleitung der Salzabwässer in stillgelegte Gruben und die Errichtung weiterer Anlagen zur Salzgewinnung aus dem Abwasser durchgesetzt werden. „Mit einer solchen stärkeren Nutzung vorhandener Verfahren zur Abwasser-Verwertung, die in anderen Ländern schon erfolgreich angewendet werden, werden Arbeitsplätze, Umwelt und Naturschutz gleichermaßen gestärkt.“ ■

### Arbeitsverweigerung der CDU im UA 6/3

Unverständnis und Empörung zur Arbeitsverweigerung der CDU-Fraktion im Untersuchungsausschuss 6/3 („Möglicher Amtsmissbrauch“): Die Koalitionsfraktionen hatten zu Beginn der Sitzung am 28.11. einen Antrag auf Einholung eines externen Gutachtens gestellt, um Rechtssicherheit zur künftigen Auslegung des Untersuchungsausschussgesetzes und der Geschäftsordnung zu schaffen. Sie hatten der CDU ausdrücklich angeboten, einen gemeinsamen Sachverständigen zu suchen und gemeinsame Fragen zu formulieren. Dies lehnten die CDU-Vertreter mit dem Vorwurf der Zeitverzögerung ab und verließen die Sitzung. „Wir sind entsetzt ob dieses Gebarens“, so die Obleute von Rot-Rot-Grün. Offenkundig mangelt es der CDU an echtem Aufklärungsinteresse. Immerhin waren für die Beratung elf Zeugen geladen. „Das Agieren der CDU zeigt deutlich, dass es ihr nicht an nähernd um die Sache und um Aufklärung geht. Wir hingegen nehmen unsere Arbeit in diesem Ausschuss sehr ernst und fordern die CDU auf, zur Sacharbeit zurückzukehren“, so Torsten Wolf, Frank Warnecke und Astrid Rothe-Beinlich. ■

# „Woher aber kommt der Gesinnungswandel“?

Dr. Iris Martin-Gehl in der von der CDU beantragten Sondersitzung des Landtags

**Auf Antrag der CDU-Fraktion war der Landtag am 23. November zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Titel: „Lauinger-Affären‘ endlich ein Ende setzen - Justizminister entlassen“. Dazu hatte die AfD einen Alternativantrag vorgelegt: „Verantwortungslosem Regieren endlich ein Ende setzen - Möglichkeit des Regierungsrücktritts nach Artikel 75 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen nutzen“. Gleich nach der Begründung durch die Einreicher sprach Dr. Iris Martin-Gehl, Justizpolitikerin der Fraktion DIE LINKE (Auszüge aus dem Plenarprotokoll):**

Der Antrag der CDU-Fraktion hat mich sehr befremdet. Ein Minister soll unverzüglich aus seinem Amt entlassen werden. Das ist eine schwerwiegende Forderung, für die man wohl eine fundierte Begründung erwarten dürfte. Was sich in der Begründung allerdings findet, basiert auf Behauptungen, Unterstellungen, Vermutungen. (...) Bleiben wir bei den Fakten: Dass es in der JVA Tonna – und auch nicht nur in dieser JVA – Drogenprobleme gibt, ist seit Langem bekannt. Minister Lauinger hat dazu in den Sitzungen des Justizausschusses am 09.12.2016 sowie am 20.01.2017 ausführlich berichtet. Dabei informierte er auch über die Maßnahmen, die zur Eindämmung des Drogenkonsums im Thüringer Strafvollzug und speziell zur Prävention ergriffen wurden. (...) Gerade in dem sensiblen Bereich des Strafvollzugs verbietet es sich, Ermittlungen vor ihrem Abschluss öffentlich zu machen. In gleicher Weise verbietet es sich aber auch, aufgrund einzelner Vorfälle in spekulativer Weise das Ermittlungsergebnis quasi vorwegzunehmen.

Zum Ausbruch eines hochgefährlichen Straftäters aus der Justizvollzugsanstalt Suhl-Goldlauter: Über diesen Vorfall hat der Justizminister in der Sitzung des Justizausschusses am 27.10.2017 ausführlich berichtet. Und falls Sie sich in dieser Angelegenheit dennoch nicht ausreichend informiert fühlen sollten, erlaube ich mir, auf eine Sitzung des Justizausschusses vom 14.02.2008 zu verweisen. Ein Vertreter des damals CDU-geführten Justizministeriums führte zu einer ähnlichen Problematik aus, dass die Nichtrückkehr eines Strafgefangenen aus einem ihm gewährten Hafturlaub kein Gegenstand sei, über den die Landesregierung den Ausschuss unterrichten würde. Zudem beklagte er in diesem Zusammenhang den reißerischen Unter-ton der Medien.

(Zwischenruf Sabine Berninger, DIE LINKE: Hört, hört!)

Hört, hört! Da hat sich ja einiges geändert seit Ihrem Umzug in die Opposi-

tion. Ein Schelm, der Böses dabei denkt! Sie sind also der Meinung, dass Minister Lauinger den Herausforderungen seines Amtes nicht gewachsen sei, weil es in Thüringer Justizvollzugsanstalten eine Drogenproblematik gibt und weil ein Untersuchungsgefangener entflohen ist. Lassen Sie uns doch einmal einen Blick in die Vergangenheit werfen. Lieber Herr Kollege Geibert, als ehemaliger Abteilungsleiter Strafvollzug des TJM (Thüringer Justizministerium, d.R.) werden Sie mir sicher zu-



stimmen, dass Ausbrüche aus Justizvollzugsanstalten und Drogenprobleme in Haftanstalten nichts ganz und gar Ungewöhnliches sind und gewiss –

(Jörg Geibert, CDU: In meinen fünf Jahren ist keiner ausgebrochen!)

gut, warten Sie es ab, ich werde dazu noch etwas sagen – nicht von Nachlässigkeit und fehlender Kompetenz des jeweils amtierenden Justizministers zeugen. Ich möchte dazu an Ausbrüche aus der Zeit erinnern, als das Thüringer Justizministerium von der CDU geführt wurde. Im Jahr 2000 brach ein Häftling aus der Justizvollzugsanstalt Gotha aus, ein weiterer entwich im selben Jahr aus der Justizvollzugsanstalt Goldlauter, zwei weitere im Jahr 2006 aus dem Maßregelvollzug in Mühlhausen. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

**Präsident Christian Carius:**

Sehr geehrte Kollegen, die Unruhe im Haus wird etwas zu groß. Ich bitte um Ruhe. Danke.

(Knut Korschewsky, DIE LINKE: Ich kann die verstehen von der CDU!)

**Abgeordnete Dr. Martin-Gehl:**

Und was die Problematik des Drogenkonsums in Haftanstalten anbelangt, möchte ich nur beispielhaft an den tragischen Tod eines Häftlings in der JVA Hohenleuben wegen unbekannter Drogenproblematik im Jahr 2006 erinnern. Vonseiten des damals CDU-geführten Justizministeriums wurde dazu ausgeführt, dass es trotz aller Kontrollen immer wieder solche

Fälle geben werde und es auch immer wieder Bedienstete geben werde, die sich in dieses Geschäft einbinden lassen, und dass es eine drogenfreie Anstalt weder in Thüringen noch in ganz Deutschland gäbe und dass es vermesen wäre, wenn man behaupten würde, dass eine Justizvollzugsanstalt, in der natürlich auch ein hoher Anteil von Betäubungsmittelabhängigen inhaftiert sei, drogenfrei wäre.

In Anbetracht des vorliegenden Antrags müsste man meinen, dass die damaligen Justizminister wegen dieser Vorfälle ihren Hut nehmen mussten. Aber mitnichten! Auf solch eine absurde Idee ist damals niemand gekommen.

(Knut Korschewsky, DIE LINKE: Noch nicht einmal die Opposition!)

Woher kommt aber dieser Gesinnungswandel? Ich denke, Ausführungen hierzu kann ich mir ersparen.

Lassen Sie mich nun auf die Vorwürfe zum Verhalten des Ministers in der Angelegenheit der Prüfungsbefreiung seines Sohnes eingehen oder – besser gesagt – nicht eingehen. Denn es ist ein Unding zu verlangen, dass sich das Plenum mit Fragestellungen befasst, die Gegenstand der Ermittlungen eines Untersuchungsausschusses sind.

Diesen Untersuchungsausschuss 6/3 haben Sie, liebe CDU-Fraktion, selbst initiiert. Nun sollten Sie sich auch an dessen Regeln halten und diese besagen, dass sich die Mitglieder und Ersatzmitglieder bis zum Vorliegen eines schriftlichen Berichts über die Ergebnisse der Untersuchung einer öffentlichen Beweiswürdigung zu enthalten haben. (...) Bedauerlich ist, dass Sie sich mit Ihrem Antrag nicht nur durch die versuchte Umgehung des Untersuchungsausschusses, sondern auch durch Missachtung des Justizausschusses über grundlegende parlamentarische Regeln und Gepflogenheiten hinwegsetzen. Denn der Justizausschuss ist das zuständige Gremium für die begehrten Berichterstattungen, Aufklärungen und damit einhergehenden Sachdiskussionen. (...)

Damit verdichtet sich allerdings der Eindruck, dass es Ihnen tatsächlich nicht um Sachaufklärung geht, sondern um eine gezielte Kampagne gegen die Person des Ministers Lauinger.

(Sabine Berninger, DIE LINKE: Ganz großes Theater!)

Das empfinde ich als ungehörig und geschmacklos, und ich möchte an Sie appellieren, zur Sachlichkeit zurückzukehren. Zum Schluss noch ein Satz zum Alternativantrag der AfD. Und ich sage wirklich nur einen Satz: Dieser Antrag ist derart abwegig und unsubstanziert, dass sich jegliche Kommentierung erübrigt. ■